

1. Unterstützen Sie grundsätzlich die Idee eines kommunalen Modellprojekts zur Cannabis-Abgabe an Genuschkonsumentinnen und -konsumenten in Dortmund? Warum oder warum nicht? Wenn ja, wie stellen Sie sich so ein Projekt vor?

Basisdemokratie Jetzt:

Da wir grundsätzlich für eine Legalisierung aller Drogen für volljährige Menschen eintreten, befürworten und unterstützen wir auch kommunal alle Bestrebungen, die in diese Richtung gehen.

Uns ist dabei wichtig, dass keinerlei finanzielle Interessen entstehen und alle Gewinne in Beratung und Prävention fließen. Der Konsum ist nicht zu verhindern, finanziert aber aktuell gewaltsame Konflikte in den Anbauländern. Dies wollen wir ändern und alle Mittel ausschöpfen, um auch kommunal eine faktenbasierte Drogenpolitik zu ermöglichen und den Schutz der Konsument*innen zu gewährleisten.

BÜNDNIS90/GRÜNE:

Cannabis ist die am häufigsten konsumierte illegale Droge. Die Zahl der Konsument*innen ist in den letzten Jahren auch in Dortmund deutlich gestiegen. Verbote führen offensichtlich nicht zu einer Vermeidung des Konsums, sondern fördern stattdessen in mehrfacher Hinsicht eine Kriminalisierung: Durch den illegalen Handel werden Schwarzmarktstrukturen gestärkt, durch die Konsument*innen auch in Berührung mit verunreinigtem Cannabis und harten Drogen kommen können. Eine kontrollierte Abgabe von Cannabis mit einem kontrollierten Wirkstoffgehalt ist daher nicht nur aus gesundheitsrelevanten Aspekten viel sinnvoller als ein Verbot, sondern hat auch positive Effekte für den Jugendschutz und schwächt den Schwarzmarkt. Wir setzen uns deshalb für die legale und kontrollierte Abgabe von Cannabis ein. Damit sollen – im Gegensatz zu heute – der Schutz von Jugendlichen und Konsument*innen gestärkt werden. Sollte es die Möglichkeit von Modellprojekten zur kontrollierten Abgabe von Cannabis geben, wollen wir sie für Dortmund nutzen.

DIE LINKE:

DIE LINKE ist grundsätzlich für die Freigabe von Cannabis. Vom Bundesministerium genehmigte Modellprojekte sind derzeit die einzige legale Möglichkeit zur Einrichtung von Coffee Shops. Diese Möglichkeit würden wir daher gerne ausschöpfen. Prohibition hat in der Geschichte noch nie funktioniert – das tut es auch bei Cannabis nicht. Ganz im Gegenteil werden Cannabiskonsumenten durch die häufigen Beimengungen von Aphetaminen auf dem Schwarzmarkt in ihrer Gesundheit gefährdet und kriminalisiert, während andererseits kriminelle Strukturen durch die Prohibition gefördert werden.

Die PARTEI:

In den Sechzigerjahren war Dortmund bereits als Hauptstadt der Volksdroge Nr. 1 bekannt und bezeichnete sich selbst als Bierhauptstadt. Wenn sich Dortmund schon als Hauptstadt einer Droge bezeichnet, die jährlich 74.000 Todesopfer fordert, kann sie auch Mut beweisen und zur Hauptstadt einer Droge werden, die jährlich 74.000 Todesopfer weniger kostet. Wer rauchen will, tut es doch sowieso. Ob es konservativen Politix passt oder nicht. Kontrollierte Abgabe in eigens dafür bereitgestellten Lokalen ist gut für die Qualität, schlecht für kriminelle Strukturen und fördert die Geselligkeit.

DOS:

Ja! Die derzeitige restriktive Drogenpolitik ist auf allen Ebenen gescheitert und verursacht mehr Probleme als sie löst. Wissenschaftler*innen aus den verschiedensten Bereichen befürworten eine Legalisierung von Cannabis auf Bundesebene schon lange aus den unterschiedlichsten Gründen. Viele gute Ideen für Modellprojekte wurden in anderen Ländern bereits umgesetzt. Welche davon auch in Dortmund unter Einbeziehung von rechtlichen „Schlupflöchern“ realisierbar sind, muss das Rechtsamt prüfen. Jugendschutz, Aufklärung und Verbraucher*innenschutz müssen dabei an erster Stelle stehen.

FDP:

Selbstbestimmung von Erwachsenen muss auch beim verantwortlichen Gebrauch von Drogen gelten, sofern ein solch verantwortlicher Umgang bei den entsprechenden Drogen möglich ist. Hier darf Cannabis nicht anders behandelt werden als Alkohol. Das Strafrecht ist kein geeignetes Mittel des Gesundheitsschutzes. Wir wenden uns gegen die Kriminalisierung von Cannabis-Konsumenten. Daher fordern wir, einen Modellversuch für Dortmund zu beantragen, um die Auswirkungen einer legalen Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu erforschen.

PIRATEN:

Ja wir unterstützen grundsätzlich die Idee eines Modellprojekts zur Cannabis Abgabe an Genussmenschen in Dortmund! Es ist ein Kernthema der Piraten, da gibt es kein wenn und aber! Das amerikanische Model aus Denver wäre sehr nah an unseren Vorstellungen und Zielen!

SPD:

Ja, die bisherige Verbotspolitik ist gescheitert und die Kriminalisierung zu beenden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat mit dem Positionspapier „Cannabis: Neue Wege gehen“ vom 11.02.2020 unsere Vorstellungen dargelegt. Darin werden kommunale Modellprojekte gefordert und aus unserer Sicht wäre das in Dortmund vorstellbar. Dabei müssen zertifizierte Produkte kontrolliert verkauft werden und der Jugendschutz und Gesundheitsprävention sind zu beachten. Zudem ist wissenschaftliche Begleitforschung notwendig. Dafür müssen entsprechende finanzielle Ressourcen von Bund und Land bereitgestellt werden.

Tierschutzpartei:

In unserem Kommunalwahlprogramm positioniert sich die Partei Mensch Umwelt Tierschutz zu Fragen 1,3 und 4 dazu unter den Punkten 1.1.4. und 1.1.5. eindeutig.

2. Welche Aktivitäten gab es von Seiten Ihrer Ratsfraktion zum Thema Cannabis in der letzten Wahlperiode? Welche planen Sie eventuell bereits jetzt für die nächste Wahlperiode?

Basisdemokratie Jetzt:

Die aktuelle Drogenpolitik ist auf ganzer Linie gescheitert. Eine unserer Kernforderungen sind Bürger*innen-Räte, um Lobbys weitestgehend auszuschließen und Menschen einzubinden.

Durch Bürger*innen-Räte kann die Diskussion über das Thema und das Wissen darüber in die Mitte unserer Gesellschaft geholt werden. So können wir eine faktenbasierte Diskussion ermöglichen, die jenseits der Abschreckungspolitik alle Erkenntnisse und Erfahrungen einbezieht.

BÜNDNIS90/GRÜNE:

Die GRÜNE Ratsfraktion hat die kontrollierte Abgabe von Cannabis schon direkt zu Beginn der laufenden Wahlperiode zum Thema gemacht. Sie hat beantragt, dass die Verwaltung den Stand der bundesweiten Diskussion über eine kontrollierte Abgabe von Cannabis darstellt. Dabei sollten insbesondere das Modellprojekt im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg sowie die Möglichkeiten einer kontrollierten Abgabe in Dortmund erläutert werden. Leider wurde aber schon der Antrag auf Erhalt dieser Informationen von der Ratsmehrheit abgelehnt.

DIE LINKE:

Die gemeinsame Fraktion der LINKEN mit den Piraten hat sowohl Anfragen als auch Anträge zum Thema gestellt. Beispielsweise zur Situation von Cannabispatienten. Wie bei jeder Fraktion wurde hier bislang arbeitsteilig vorgegangen. Wer künftig persönlich für dieses Arbeitsfeld in der Fraktion zuständig sein wird, wird sich klären, wenn wir wissen, wer denn am Ende des Tages überhaupt gewählt wurde.

Die personelle Neuaufstellung und Verjüngung des Rates insgesamt bietet auch Anlass zur Hoffnung auf einen Wandel. Das Cannabis in weiten Teilen der Bevölkerung als Genussmittel verwendet wird, sollte inzwischen Allgemeinwissen auch der jüngeren Ratsmitglieder aller Fraktionen sein, so dass erneute Versuche hier eine Öffnung zu erreichen möglicherweise mehr Erfolg haben, als noch in der vergangenen Ratsperiode.

Die PARTEI:

Da sind wir fein raus, wir ziehen erst im September in den Stadtrat ein.

DOS:

Bisher hat die DOS-Partei keinen Sitz im Rat der Stadt Dortmund, obwohl 2 Mitglieder von DOS noch für andere Parteien im Rat sind. Anträgen zu weiteren Beschäftigung mit dem Thema Cannabis wurden in diesem Zusammenhang immer positiv abgestimmt, außerdem wurde quasi von uns ein Antrag zu einem Modellprojekt zumindest für Cannabispatient*innen eingebracht. Auch in Zukunft halten wir es für unerlässlich, weiter daran zu arbeiten, dass die Situation für Patient*innen sich dringend verbessert. Aber auch an Konsument*innen muss gedacht werden, daher möchten wir z.B. Drug-Checking in Dortmund etablieren.

FDP:

Bisher hat sich unsere Ratsfraktion nicht explizit zu diesem Thema geäußert. Für die Zukunft werden wir uns für den genannten Modellversuch einsetzen.

PIRATEN:

In Dortmund haben wir unter anderem mit der Linken eine Ratsfraktion und fordern ein Pilotprojekt mit Namen Cannabis-Club in dem, selbst angebaute Hanf, zuerst einmal für Cannabis-Patienten, abgegeben wird und den Menschen bei der Beantragung bei Ärzten und die Finanzierung durch die Krankenkassen geholfen wird. Wir werden diesen Ansatz weiter vertreten und voran treiben. Wir beteiligen uns auch weiterhin am Global Marijuana March, den wir seit 2013 initiiert, organisiert und begleitet haben. In diesem Thema geht unser besonderer Dank an unserer langjährige Mitstreiterin Nadja Reigl, deren Einsatz vorbildhaft ist und der auch weiterhin von uns Unterstützung finden wird.

SPD:

Unsere Fraktion hat sich im Rahmen der Weiterentwicklung von Präventions- und Beratungsmaßnahmen mit Cannabis befasst. Fachleute berichteten von einer zunehmenden Zahl an Erkrankungen, gerade bei jungen Menschen, die intensiv konsumieren, da der Wirkstoffgehalt bei einigen Produkten in den letzten Jahren künstlich deutlich erhöht wurde. Deshalb steht für uns weiterhin Prävention im Vordergrund. Zugleich wollen wir den Besitz und Konsum entkriminalisieren und mit kommunalen Modellprojekten auf Dauer bundesweit zu einem anderen Umgang mit dem Thema kommen und den Schwarzmarkt austrocknen.

Tierschutzpartei:

Zu Frage 2) weisen wir darauf hin, dass wir an der letzten Wahlperiode nicht teilgenommen haben.

3. Sehen Sie Probleme für Cannabis-Patientinnen und -patienten in Dortmund? Wenn ja, wie wollen Sie die Betroffenen unterstützen?

Basisdemokratie Jetzt:

Es gibt zu wenige Ärzt*innen, die bereit sind, Cannabis zu verschreiben. Unserer Meinung nach liegt das an der Abschreckungspolitik, an der Budgetierung und an der Pharma-Lobby.

Dortmund muss unabhängige Fortbildungen für Fachpersonal zum Thema anbieten und ein Modellprojekt starten, in dem Patient*innen mit entsprechenden Erkrankungen ohne große bürokratische Hürden versorgt werden.

Auch der regionale Anbau von Cannabis zur medizinischen Versorgung in hoher und gleichbleibender Qualität ist in Dortmund möglich und kann einen wertvollen Standortfaktor schaffen.

BÜNDNIS90/GRÜNE:

Patient*innen, die auf Cannabis angewiesen sind, müssen dies natürlich auch rechtzeitig und in der benötigten Menge bekommen können. Dies ist offenbar zurzeit in Dortmund nicht immer möglich. In der neuen Wahlperiode des Rats wollen wir uns deshalb mit der Situation und den Problemen der Patient*innen beschäftigen und ggf. Maßnahmen zur Verbesserung der Situation entwickeln.

DIE LINKE:

Der Zugang zu medizinischem Cannabis muss erleichtert werden. In der abgelaufenen Wahlperiode gab es Probleme, dass die Apotheken nicht in ausreichendem Umfang Cannabis für ihre Patienten vorrätig hatten. Das muss sich ändern. Notfalls muss die Stadt über das Gesundheitsamt intervenieren. Auch der Anbau von medizinischem Hanf in Dortmund zur Versorgung der Patienten ist eine gute Option.

Die PARTEI:

Viele Ärzte trauen sich nicht, Cannabis als Medikament zu verschreiben. Vielleicht haben sie einfach Angst, für Drogendealer gehalten zu werden. Zudem soll die Qualität in den Apotheken nicht so gut, aber dafür zu teuer sein. Da bleibt dann eigentlich nur noch der Gang zum Dealer des Vertrauens auf der Straße. Entsprechende Fortbildungs- und Selbsterfahrungskurse für Ärzte und Apotheker können da mit Vorurteilen aufräumen

DOS:

Ja, die Probleme beginnen bei der Arztsuche – es ist erschreckend, wie viele Menschen aus Dortmund z.B. im Münsterland in Behandlung sind, weil die Ärzt*innen vor Ort keine Cannabis-Rezepte ausstellen können oder wollen. Ähnlich sieht es bei den Dortmunder Apotheken aus: Die Auswahl an Sorten ist gering, soweit das Medikament überhaupt verfügbar ist, so dass viele Patient*innen auch hier wieder gezwungen sind, lange Fahrwege auf sich zu nehmen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf: Das Problem muss den Praxen und Apotheken nicht nur bewusst werden, sondern es muss auch gemeinsam mit Betroffenen eine Lösung erarbeitet werden. Hier könnten die Stadt als Vermittlerin dienen.

FDP:

Wir haben Informationen zu Lieferengpässen bei Cannabis-Medikamenten. Die Cannabis-Agentur beim Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte ist dafür verantwortlich, dass die Versorgung gesichert ist. Wenn dies über einen längeren Zeitraum nicht gesichert ist, muss der zuständige Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hier Abhilfe schaffen.

PIRATEN:

Ja wir kennen den unsäglichen Beantragungsmaraton, den die Betroffenen Cannabis-Patienten trotz Legalisierung der Medikation, bei Ärzten und auch bei der Finanzierung durch die Krankenkassen, ausgesetzt werden. Hier kann das Einführen von Pilotprojekten zur Unterstützung von Cannabis-Patienten in Dortmund den Betroffenen helfen. Hier ist es auch wichtig die medizinischen Vorzüge der Wirkstoffe aus Cannabis durch Gutachten und wissenschaftlichen Untersuchungen zu untermauern.

SPD:

Nein, wir sehen keine spezifischen Probleme in Dortmund. Der Therapiebedarf wird jedoch von den Krankenkassen in jedem Einzelfall überprüft und genehmigt. Aus unserer Sicht sollte der Genehmigungsvorbehalt gelockert werden. Einmal genehmigte Therapien müssen nicht erneut genehmigt werden, nur weil die Dosis oder die Cannabissorte geändert wird. Auch bei einem Wechsel von einer stationären in eine ambulante Therapie ist eine erneute Genehmigung von Medizincannabis nicht notwendig. So können Patienten vor unnötigen Verwaltungsaufwand, Wartezeiten und Unsicherheiten geschützt werden.

Tierschutzpartei:

In unserem Kommunalwahlprogramm positioniert sich die Partei Mensch Umwelt Tierschutz zu Fragen 1,3 und 4 dazu unter den Punkten 1.1.4. und 1.1.5. eindeutig.

4. Sollte sich die Stadt Dortmund im Rahmen ihrer Mitarbeit in den kommunalen Spitzenverbänden für eine gemeinsame Initiative einsetzen, das geltende Recht unter Beachtung des Jugendschutzes auf den Prüfstand zu stellen, mit dem Ziel einer Entkriminalisierung des Konsums von Cannabis?

Basisdemokratie Jetzt:

Unbedingt. Die guten Erfahrungen in anderen Ländern dürfen nicht weiter ignoriert werden. Die Entkriminalisierung setzt wertvolle Ressourcen frei, um den Jugendschutz sicher zu stellen und andere, viel wichtigere Aufgaben stärker wahrzunehmen.

BÜNDNIS90/GRÜNE:

Das derzeitige Verbot von Cannabis ist in mehrfacher Hinsicht problematisch. Jugendliche werden durch ein strafrechtliches Verbot nicht vom Cannabiskonsum abgehalten. Gleichzeitig verhindert das Betäubungsmittelrecht durch den so geschaffenen Schwarzmarkt glaubwürdige Prävention und wirksamen Jugendschutz. Zudem macht es einen effektiven Verbraucherschutz und Bemühungen um Schadensminderung unmöglich, da der illegalisierte Handel nicht effektiv kontrolliert werden kann.

Die GRÜNEN im Bundestag haben daher den Entwurf eines Cannabiskontrollgesetzes in den Bundestag eingebracht. Dieses Gesetz würde erwachsene Konsumenten nicht länger kriminalisieren und dafür sorgen, dass der Schwarzmarkt austrocknet. Zugleich würden die Strafverfolgungsbehörden von zeitraubenden, kostspieligen und ineffektiven Massenverfahren im Bereich von Cannabis entlastet. Wir unterstützen daher jede Initiative der Stadt Dortmund, z.B. auch über die kommunalen Spitzenverbände, die Entwicklung hin zu einer Neuregelung zu befördern.

DIE LINKE:

Wir halten diesen Schritt für sinnvoll – er benötigt aber grundsätzlich andere Mehrheitsverhältnisse in diesen Gremien. Gerade in den Spitzenverbänden fehlt bei solchen Themen oft der Mut.

Die PARTEI:

Unbedingt! Zudem schafft die Legalisierung von Cannabis Arbeitsplätze. Die ganzen Kleindealer könnten sich selbstständig machen und könnten ihrem Geschäft ohne Angst vor Verfolgung nachgehen. Je nachdem, wie das Geschäft läuft, stellen sie sogar Mitarbeiter ein. Die Stadt könnte vom "Kiffercent" (Eine kleine steuerliche Abgabe) profitieren. Konsumenten müssen kein schlechtes Gewissen oder ebenfalls Angst haben. So haben alle was davon

DOS:

Ja. Einfach nur ja.

FDP:

Ja.

PIRATEN:

Ja die Stadt Dortmund soll auf allen Ebenen ihre Mitarbeit in Verbänden zu gemeinsamen Initiativen einsetzen, um das geltende Recht unter Beachtung des Jugendschutzes so zu verändern, das am Ende der Konsum von Cannabis legalisiert wird.

SPD:

Ja, denn der sogenannte Kleinstbesitz sollte nicht mehr als Straftat betrachtet werden. Dazu gehört auch endlich eine bundesweite Definition, was unter Kleinstbesitz zu verstehen ist. In einem weiteren Schritt kann über kommunale Modellprojekte ausgelotet werden, unter welchen Rahmenbedingungen der Konsum allgemein legalisiert werden kann. Dazu gehört auch die Definition realistischer Grenzwerte im Straßenverkehr. Die bisherige Praxis, dass bereits beim geringsten Nachweis eines Konsums, auch wenn dieser bereits Wochen zurückliegt, die Fahrerlaubnis in Frage gestellt wird, ist unrealistisch.

Tierschutzpartei:

In unserem Kommunalwahlprogramm positioniert sich die Partei Mensch Umwelt Tierschutz zu Fragen 1,3 und 4 dazu unter den Punkten 1.1.4. und 1.1.5. eindeutig.

5. Hat der Kreisverband Ihrer Partei sich in den letzten Jahren schon einmal aktiv oder finanziell beim Global Marijuana March Dortmund oder einer anderen Veranstaltung in Dortmund und Umgebung zum Thema Cannabis eingebracht? Was waren die Gründe für diese Entscheidung?

Basisdemokratie Jetzt:

Bisher nicht, da wir diese Veranstaltung nicht wahrgenommen haben. Aber unsere Position ist klar und wir vertreten diese gerne auch öffentlich. Weitere Details finden sich im Programm unserer Bündnispartei DEMOKRATIE IN BEWEGUNG: <https://abstimmen.bewegung.jetzt/initiative/204-praevention-aufklarung-neu-denken-progressive-manahmen-gegen-drogenmissbrauch>

Anmerkung: der letzte March war am 04.05.2019, also vor unserer Gründung.

BÜNDNIS90/GRÜNE:

Die Entkriminalisierung des Cannabiskonsums ist ein Ziel der GRÜNEN, die Gründe sind oben schon ausführlich beschrieben. Der Global Marijuana March ist daher fester Bestandteil im GRÜNEN Jahreskalender. Wir unterstützen ihn sowohl finanziell wie auch mit Redebeiträgen und beteiligen uns immer wieder gerne an der Demo.

DIE LINKE:

Kreisverband und Ratsfraktion haben sich regelmäßig sowohl mit Redebeiträgen, als auch finanziell am GMM beteiligt. Zur Willensbildung der Bevölkerung beizutragen gehört zu den grundgesetzlichen Aufgaben von Parteien. Da wir für die Freigabe von Cannabis eintreten, nehmen wir diese Aufgabe unter anderem durch die Unterstützung des GMM wahr.

Die PARTEI:

Die PARTEI Dortmund warnt bereits seit Jahren vor den Gefahren von Cannabis. Diese wären unter anderem ein hoher Verzehr von Schokokeksen sowie Eistee und die Verschwendung von öffentlichen Mitteln durch Verfolgung von Konsument:innen. (Mit Daniela Ludwig fangen wir besser gar nicht erst an.) Selbstverständlich lassen wir es uns nicht nehmen, dies seit Jahren auf dem Global Marijuana March in Dortmund schonungslos kundzutun.

DOS:

Beim GMM 2019 gab es DOS noch nicht, für 2020 hatten wir bereits finanzielle und aktive Unterstützung zugesagt, als dieser abgesagt wurde. Einige unserer Mitglieder engagieren sich trotzdem schon vom ersten Jahr an beim Dortmunder GMM sowie bei anderen Veranstaltungen rund um das Thema Cannabis.

FDP:

Nein, bisher haben wir uns nicht aktiv beteiligt. Als Freie Demokraten sind wir unserer Kenntnis nach bisher aber auch nicht zur Mitwirkung eingeladen worden.

PIRATEN:

Schon seit 2013 initiieren, organisieren und begleiten die Piraten KV Dortmund den ersten Global Marijuana March in unserer Ruhrmetropole, da das ein Kernthema und besonderes Anliegen unserer Partei ist. Man könnte auch sagen die Piraten haben den Kampf für die Freigabe von Hanf zum freien Konsum und als Medizin ganz oben auf ihrer Agenda stehen. Wir danken Nadja Reigl, als langjährige Mitstreiterin bei der Hanf Legalisierung für ihren Einsatz, den sie auch weiterführen wird und dabei von uns auch weiterhin unterstützt wird.

SPD:

Nein. Wir teilen Ihre Forderungen nach Entkriminalisierung, kommunale Modellversuche und einer offenen Diskussion über die Legalisierung. Unsere Motivation ist die eines realistischen und pragmatischen Umgangs mit einem verbreiteten gesellschaftlichen Verhalten. Da wir Cannabis als Rauschmittel ansehen, stehen für uns aber Prävention und Beratung wie bei allen anderen Rauschmitteln im Vordergrund. Wir treten als Partei generell auch nicht für die Bewerbung von irgendeinem Sucht- und Rauschmittel ein.

Tierschutzpartei:

Frage 5) erübrigt sich insofern, als der Kreisverband Dortmund erst in 2020 gegründet wurde.